



Ich der „Corriere“ berichten, die Stärke der zum Angriff gegen Saloniki bereitstehenden deutsch-österreichisch-bulgarischen Streitkräfte betrage 300 000 Mann, die unter allen Umständen früher oder später gegen die Saloniker Stellung vorrücken würden. Hinzu kämen noch 200 000 Türken. Dieser Streitmacht habe die Entente zunächst 250 000 Verbände gegenüberzustellen. Es sei eine gewaltige Offensive von Saloniki aus wahrnehmbar, an der sich noch weitere 100 000 französisch-englische Truppen und noch weniger als 250 000 Italiener, Serben und Röntenergrüner beteiligen würden; ja, der Generalkommandant des „Corriere“ rühmt schon „mit glänzender Sicherheit“ mit dem Jagen der Griechen und Rumänen.

## Deutschland und Amerika.

New York, 23. Februar. Nach allen Anzeichen ist es offenbar, daß die letzte Mitteilung der deutschen Regierung in der „Lusitania“-Frage die amerikanische Regierung völlig befriedigt hat, soweit es sich um die „Lusitania“-Frage im besonderen handelt. Zu der deutschen Entschuldigungsbeziehung der besetzten Handelschiffe kann die amerikanische Regierung erst Stellung nehmen, wenn die Belege für die deutschen Entschuldigungsbeziehung ankommen sind und die Äußerungen auf den amerikanischen Vorschlag zur Herstellung eines modus vivendi beantwortet haben.

## Dreihundert Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 22. Februar.

Am Ministerialrat Dr. Eobson. Präsident Graf v. Schrenck in Löwen eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

In der beim Eintritte des Staatsministeriums fortgesetzten Staatsberatung wird zunächst die Besprechung der allgemeinen Lage des Handwerks fortgesetzt.

Herr Dr. Wagner (Freil.): Die Kleinmühlindustrie auf dem linken Rheinufer muß erhalten werden. Den Handwerksmeistern muß durch Gewährung von Darlehen über diese schwere Zeit hinweggeholfen werden. Dem Antrag Vorstich auf Erweiterung der Fürsorge für kriegsbeschädigte Handwerker stimmen wir zu.

Herr v. a. a. (Fortl. Volkspartei): Wir wünschen vor allem, daß dem Handwerker, das gänzlich barmherzig, gehalten wird. Die Handwerker werden aus den Erfahrungen des Krieges die Lehre ziehen, daß sie sich mehr als bisher zu Genossenchaften zusammenzuschließen müssen. Eine erste Gefahr für das Handwerk bildet der Mangel an Lehrlingskräften. Hier müßte schon in der Schule aufklärend auf die jungen Leute eingewirkt werden.

Herr v. a. a. (Soz.): Der Krieg hat geradezu Katastrophal auf das Handwerk gewirkt. Nicht nur haben die Privatverträge auf, sondern auch an den Dienstleistungen werden die Handwerker nicht genügend beteiligt. Es ist Ehrenpflicht des Reiches und Staates, den Handwerkern zu helfen, die durch den Krieg in Not geraten sind. Dieselben Forderungen stellen wir auch für die Arbeiter. Wir halten deshalb auch die Arbeitslosenversicherung für ein unbedingt erforderliches und notwendig ist es, daß für genügenden Beihilgenersatz gesorgt wird. Die Versicherungsverbände, die man für große Hoffnungen setzt, werden dem Handwerk den goldenen Boden nicht geben können, denn sie werden keine neue Arbeit schaffen, sondern können nur mit vorliegenden Aufträgen rechnen. Für die Zeit nach dem Kriege werden sich die in Verbänden auch große Schwierigkeiten technischer Natur entgegenstellen. Die Regierung des Arbeitsnachweises muß schon während des Krieges erfolgen. Die jetzt bestehende Zerstückelung auf diesem Gebiete würde nach Friedensschluß zu einer großen Katastrophe führen. Es muß gefordert werden, nach dem Kriege nicht wieder ausländische Arbeiter ins Land zu ziehen. Wir bedrohen damit die Erhaltung der aus dem Felde zurückkehrenden Arbeiter und stellen die Fürsorge für unsere kriegsbeschädigten in Frage. Der Ausbau der Arbeitsnachweise ist die größte sozialpolitische Aufgabe der Gegenwart.

Die Debatte wird geschlossen. Die Resolutionen der Haushaltungskommission werden angenommen mit dem Antrag Vorstich (Zentr.) auf Erweiterung der Fürsorge für die kriegsbeschädigten Handwerker. Ferner wird angenommen ein sozialdemokratischer Antrag, wonach die Fürsorge auch auf die Arbeiter ausgedehnt werden soll. Der freisinnige Antrag, wonach die Resolution betr. Handwerkerfürsorge auch auf die nichtindustriellen Handwerker ausgedehnt werden soll, wird angenommen.

Es folgt die Besprechung der auf den Krieg bezüglichen allgemeinen Fragen politischer Natur.

In den Resolutionen der Staatshaushaltskommission wird die Staatsergänzung erhöht, dahin zu wirken, daß von den Militärbehörden die Befreiheit und das Vereins- und Versammlungsrecht nur insoweit beschränkt werden darf, als dies im Interesse der Kriegsführung unbedingt geboten ist, daß sowohl die Erörterung der allgemeinen Richtlinien unserer Friedenspolitik freigegeben wird und daß die für eine gleichmäßige Handhabung der Zensur getroffenen Einrichtungen wirksamer gestaltet werden. Ferner wird gefordert, daß, wo Militärbehörden eine Einwirkung auf die Handhabung der Zensur geübt haben, dafür von dem Minister des Innern und den zuständigen Zentralbehörden die Verantwortung übernommen wird.

Berichterstatter Herr v. Jellisch-Kautsch (Freil.): Es ist allgemeine Ansicht der Kommission gewesen, daß eine Veränderung des Belagerungszustandes während des Krieges nicht herbeizuführen werden kann und daß eine Veränderung bis nach dem Friedensschluß vorbehalten werden muß. Die Handhabung des Belagerungszustandes seitens der Militärbehörden, die im Sinne des Gesetzes allein die kommandierenden Generale und die Festungskommandanten sind, hat zu besonderen Beschwerden keinen Anlaß gegeben. Anders liegt jedoch die Sache auf dem Gebiet der Versammlungs- und Pressefreiheit. Dies gilt besonders für die Zensur, angewandt gegen die Vertreter der weitgehenden Kriegspartei, die gegenüber den Vertretern vorsichtigen Friedenspartei. Die Zensur sollte sich überwiegend auf militärische Angelegenheiten erstrecken. Es ist aber nicht zu verkennen, daß sie

immer mehr auf das politische Gebiet ausgedehnt wird und daher auch das Gebiet der Pressezensur freiläßt. Meinungsverschiedenheit ergab sich in der Kommission darüber, ob die Erörterung der Kriegsziele jetzt geboten sei. Es kam die Befürchtung zum Ausdruck, daß die öffentliche Meinung nicht richtig zur Geltung kommen könnte. Wenn nach der gesamten Kriegslage ein näher Friedensschluß wenigstens nicht unmöglich ist, so sollte man gegen die Erörterung der Richtlinien unserer Kriegsziele einwenden. Wir haben das Vertrauen, daß das Volk diese Freiheit nicht mißbrauchen wird. Die Einschränkung des Kriegspressegesetzes zur Einführung einer gleichmäßigen Zensur hat nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Insbesondere ist die Mitteilung von dem neuen Handabstrich in der Presse, von einem Teilnehmer an demselben, Lage sofort dem amerikanischen Botschafter bekannt gegeben wurde. Die Regierung hat das größte Interesse daran, daß die berechtigten Beschwerden über die Handhabung der Zensur aufgeklärt und die Lebensbedingungen abgestellt werden. In der Unterstellung des ganzen Inhaltes der Zeitungen unter die Zensur und in dem Verbot von Zeitungen ist vielfach die Zensur nicht ohne Härte gewesen. Von der Presse ist die Schuld daran nicht mit Unrecht weniger den Militärbehörden als vielmehr der Oberzensurbehörde zugehoben worden. Vor allem kommt dabei die Zensurstelle des auswärtigen Amtes in Betracht. Soweit die Zusammenhänge der Militärbehörden durch Zivilbehörden veranlaßt sind, liegt die politische Verantwortlichkeit den betreffenden Ministern, insbesondere dem Reichstanzler ob, soweit Zentralbehörden, namentlich des auswärtigen Amtes, Zensurmaßnahmen ausüben. Was den Erlaß des Ministers des Innern vom 15. April vorigen Jahres über die Besorgung der kleinen Presse mit offiziellen Nachrichten betrifft, so bezweckt er nichts anderes, als die Aufklärung der Regierung auch in den Kreisläufen der kleinen Presse zu verbreiten. Es ist für unsere Zeit nicht sehr angenehm, wenn die Vertreter der Presse behandelt werden als Leute mit dem besten Willen untergeordnetem früheren Zeiten. Wir wollen freie Bürger sein. Das Volk wird das Vertrauen rechtfertigen, wenn man ihm in der freien Meinungsäußerung nicht zu enge Schranken zieht. (Beifall.)

Herr v. a. a. (Zentr.): Der Belagerungszustand darf nicht aufgehoben werden, so lange wir uns in diesem schweren Kampf befinden. Aber wir beklagen die ungleiche Handhabung der Zensur der Presse. Der Presse unserer Parteiung ist in manchen Fällen die Möglichkeit genommen worden, auf Angriffe von anderer Seite zu erwidern und unseren Standpunkt zu verteidigen. Das widerspricht dem Versprechen des Reichstanzlers, daß politische Gesichtspunkte dabei nicht maßgebend sein sollen. Weder wird häufig von den untergeordneten Behörden den Ansichten der Zensurstelle nicht entsprochen. In dem schweren Kämpfe unseres Volkes muß die Einigkeit des Volkes und der Burgfriede erhalten werden und dazu muß auch die Zensur beitragen.

Minister des Innern v. Loebell: Noch sind trotz unserer gewaltigen Erfolge die politischen Richtlinien nicht so klar, daß wir zu einer Aussprache darüber kommen können. Diese Aussprache aber soll und muß kommen. Das ist auch die Meinung der Regierung. (Zuruf: Wann?) Sobald es irgend möglich ist. Die Handhabung der Zensur liegt in der Hand der militärischen Behörden. Die Zivilbehörden haben nur eine vermittelnde Tätigkeit. Ich kann aber erklären, daß ich überall bereitwilligste Gegenmaßnahmen gefunden habe. Wenn die vermittelnde Tätigkeit des Kriegspressegesetzes nicht in allen Fällen Erfolg gehabt hat, so haben doch die Militärbehörden nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Durch die Dezentralisation der Zensur können die örtlichen Verhältnisse besser berücksichtigt werden. Die deutsche Presse hat in Zukunft die hohe und große Pflicht, dem deutschen Vaterlande und dem Ausland ein Bild deutscher Arbeit und Einigkeit zu geben und zu zeigen, daß wir fester gelagert sind wie irgend ein anderer Staat. (Beifall.)

Herr v. a. a. (Soz.): Den Ausführungen des Berichterstatters des Ministers werden wir uns mit aller Energie widersetzen. Von den Vorberathungen des Ministers erwarten wir nichts. Wir werden nach dem Kriege schwere soziale und politische Kämpfe haben. Die kommandierenden Generale lassen sich in ihren Verfügungen nicht von absolutistischen Ideen leiten. Sozialistische Redner werden einfach in Schach genommen. Es ist nicht im Lande gefahren, was die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes rechtfertigt. Die bloße Tatsache des Krieges genügt nicht, um in einem Verfassungsstaat eine bequeme Herrschaft der Militärgeopolitik zu stabilisieren, die eine Ausweitung der Volksrechte bedeutet.

Hierauf wird die Debatte abgebrochen. Auf Antrag des Abgeordneten von Wapenheim (Kons.) wird nach einer Uebereinkunft unter den Parteien das Eisenbahnenbesetz ohne Debatte der Staatshaushaltskommission überwiesen. Weiterertrag Mittwoch 1 Uhr.

## Tages-Rundschau.

Berlin. Der hiesige amerikanische Botschafter Gerard wurde von einem ziemlich schweren Unfall betroffen. Während einer Fahrt mit dem Bartenfischen stürzte der Botschafter zu Boden und zog sich eine schwere Verletzung der Schulter zu. Es wurde ihm ein Rotorband angelegt und er wurde nach Berlin gebracht. Es handelt sich bei der Verletzung um einen Bruch des rechten Schlüsselbeins. Ein Teil des verletzten Knöchels ragt weit aus der Schulter hervor. Die Heilung dürfte mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

BB na Luxemburg, 22. Februar. Nach mehrwöchigen Verhandlungen kam heute auf Grund einer von der Großherzogin bestimmten Koalition der Parteien folgendes Ministerium zustande: Staatsminister und Präsident der Regierung wird Thorn, früherer Generaldirektor und bisheriger Präsident des Staatrates (liberal), Generaldirektoren werden Dr. Welter, Arzt und Abgeordneter (Sozialist), Kaufmann Staatsrat und Präsident der Sozialen Versicherungsanstalten (Rechtspartei), Rouvier, Regierungsrat (liberal) und Leport, Intendant der Prinz-Heinrich-Eisenbahn (Rechtspartei). Thorn übernimmt das auswärtige und die Justiz, Welter Verkehr und Lebensmittelversorgung, Kaufmann die Finanzen, Rouvier das Innere und öffentlichen Unterricht, Leport die öffentlichen Arbeiten.

nicht aus Liebe heiratet. Deshalb war ich gar nicht froh, als ich seine Braut wurde und habe nur aus Furcht vor dem Vater seine Bewerbung angenommen. Aber so schwer habe ich es mir nicht gedacht, mit einem Herzen voll Liebe neben einem Mann zu leben, der mich nicht wiederliebt. Georg ist gut — unglücklich gut, er möchte mir alles nicht machen und es tut ihm weh, daß er mich nicht lieben kann. Aber seine Liebe bedrückt mich mehr, als sie mir über alles hinweghilft, denn sie zeigt mir immer wieder, wie er ist, hätte sein können, wenn er mich liebte, wie ich ihn liebe. So sagte sie und von neuem brachen ihre Tränen hervor. Wally sah zu ihren Füßen und umschlang ihre Arme. Ach, wie traurig ist es doch, daß die Liebe sich so gar nicht gebieten läßt. Wenn ich mir denke, daß Mutter Vater noch über den Tod hinaus liebt, daß Georg dieser schlachten Frau im Herzen anhängt und daß Du ihn lieben mußt, obwohl es Dir nurummer macht, so wünsche ich mir, daß ich sie nie kennen lerne, diese Liebe. Mir scheint, sie hängt sich recht oft an einen falschen Gegenstand und bringt viel mehr Unglück als Glück. Wie sehr bedauere ich Dich, meine arme, liebe Schwester. Gräulich muß das sein, einen Mann zu lieben, der einen nicht wiederliebt. Und ich hätte doch darauf geschworen, daß Georg Dich fürchterlich lieb hat. Aber an all dem Unglück ist nur diese schreckliche Liebe mit ihren greulichen Briefen schuld. Ich hab schon einen Gott auf sie — einen Gott — ich kann Dir nicht sagen, wie groß!

So laute Wally, von Schwestern unterzogen, und freigeitig läßt sich trösten die Hand der Schwester. Sie sprach ihr gut zu, wie eine Mutter ihrem unglücklichen Kinde. Es war, als hätten die Schwestern ihre Rollen getauscht.

Die Erregung, in der sich beide befanden, ebte aber dann wieder ab. Käthe gewann zuerst ihre Fassung wieder und nun tat es die schon wieder leid, daß sie sich zu einem Geschäftsbote hinreißen lassen, trotzdem es ihr momentan eine Erleichterung gewährt hatte. Sie erhob sich.

Wir müssen aber nun hinunter, Wally, gleich ist es Morgen, sagte sie mit erzwingender Ruhe. Und Du mußt nun nicht mehr an das alles denken.

## Localberichte u. Kassanische Nachrichten.

Biedrich, den 23. Februar 1916.

Der Winter ist in diesem Jahre ein gar unbehaglicher. So recht zum Ausdruck ist er bisher noch nicht gekommen. Wir hatten im Gegenteil im Januar fast frühlingmäßiges Wetter und der Februar brachte solche Stürme, verbunden mit vielen Vereisungen, daß man glauben konnte, der Frühling sei schon in aller nächster Nähe. Seit einigen Tagen trat dagegen wieder ein Umschlag zu Kälte und Frost ein und heute in den frühlichen Stunden erfolgte reicher Schneefall. Wenn das Schneetreiben anhält und kein Laumetter eintritt, ist die Möglichkeit vorhanden, daß auf einige Zeit der Winterport wieder ausgeübt werden kann.

Die Kälte war heute nacht bis auf 6-7 Grad C. gestiegen. — Der Rheinwasserstand betrug heute mittag 3,97 Meter.

Huher für Wiesbaden wird auch für Biedrich, Schriesheim, Dohheim, Sonnenberg, Rambah, Bierstadt und Erdenheim die Hundsperrre verhängt auf die Dauer von 3 Monaten, das ist bis zum 12. Mai. — Die amtliche Befestigung erfolgt in kürzester Zeit des Kreisblattes.

Bei der am 21. Februar d. J. stattgehabten öffentlichen Grundstücksversteigerung von Domänen- und Zentralschuldenlosänderungen im Distrikt Oberjail und Grenzweg der Gemeinde Biedrich in der Nähe des Bahnhofes Biedrich-Dorf erwarb die Firma Halle u. Co. A. G. in Biedrich ca. 30 Morgen Gelände zum Preise von 4 10 000.— für den Morgen.

Der Schnellzug D 102 Wiesbaden—Worms—Lampertheim—Mannheim wird vom 1. März ab in folgendem Fahrplan über Ludwigshafen nach Mannheim gefahren werden: ab Wiesbaden abends 11.00, ab Mainz 11.25, Worms 12.12, Ludwigshafen 12.31, Mannheim am 12.45, als D 81 weiter nach Heidelberg.

Nach einer Anordnung des Reichstanzlers darf vom 1. März ab die Einzelverkaufsgesellschaft an Gemeinden und Kommunalverbände Butter grundsätzlich nur noch abgeben, wenn diese durch Einführung von Butterkarten oder durch eine sonstige wirksame Regelung des Verkehrs mit Butter die Gewähr leisten, daß der durchschnittliche Verbrauch von Butter in ihrem Bezirke höchstens 125 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung nicht überschreitet. Die Ausgestaltung der Butterkarten bleibt dem freien Ermessen der Gemeinden überlassen. Es werden jedoch verschiedene Gesichtspunkte der Beachtung empfohlen.

Aus dem Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes in Hessen, Hessen-Rhain und Waldeck im Januar 1916. Erhalten vom Mitteldeutschen Arbeitsnachweiserband. Die Lage des Arbeitsmarktes hat gegenüber dem Vormonat im großen und ganzen wenig Veränderung erfahren. Im Metallgewerbe wird immer noch über Mangel an geeigneten Arbeitskräften geklagt. Im Bekleidungs- und Schuhmachergewerbe sind die Arbeitskräfte besonders bei der Schuhmacherei; nicht alle offenen Stellen konnten besetzt werden. Im Schneidergewerbe war es ebenso ruhig, wie im Vormonat. Die Beschäftigung in der Uniformschneiderei war zufriedenstellend, in der Bekleidungs- und Damentonfisterei ungenügend. Im Frühjahr wird auf eine Besserung der Lage gerechnet. Im Baugewerbe war die Arbeitsmarktlage für Maurer, Zimmerer und Dachdecker günstig. Für Arbeiter und Beschäftigte war die Beschäftigungsmöglichkeit, da private Aufträge fast ganz fehlten, nur da zufriedenstellend, wo höhere Aufträge von den Behörden und der Militärverwaltung vorlagen. Im graphischen Gewerbe machte sich der Mangel an Schriftsetzern und Buchdruckern wieder sehr bemerkbar. Nur Ausfälle mußten wiederholt beurlaubte Soldaten und arbeitsfähige Kriegesbeschädigte beschäftigt werden. Die Arbeitsmarktlage im Gaststättengewerbe hat sich gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres gebessert; es konnten bedeutend mehr feste Stellen vermittelt werden. Für die Ungelernten war die Beschäftigungslage im Berichtsmonat, wie in jedem Jahr, ungenügend, für Jugendliche dagegen noch immer günstig, wenn auch manche Vermittlung daran scheiterte, daß das Lohnangebot der Arbeitgeber gegenüber den Forderungen der Arbeitnehmer zu große Differenzen aufwies. In der Bauwirtschaft herrschte im Berichtsmonat, wie in jedem Jahre, Ruhe; die Beschäftigungslage war daher gering. Bedeutend besser als im Vormonat war Angebot und Nachfrage bei den weiblichen Dienstboten. Die Vermittlungsmöglichkeit wurde aber ziemlich erschwert, da die Löhne zurückgingen. Für gewerbliche Arbeiterinnen war die Beschäftigungslage etwas besser; allerdings handelte es sich meistens nur um vorübergehende Arbeitsmöglichkeiten. Besonders stark war die Nachfrage nach jugendlichen Arbeiterinnen. Schneiderinnen wurden wenig, Heimarbeiterinnen fast gar nicht verlangt. Im Gaststättengewerbe war im Vergleich zu dem Vormonat die Beschäftigungslage gut. Stark war die Nachfrage nach Küchenmägden.

Das Geldblatt der Reichsbank. Das Geld ist wie immer wieder selten. Das Geld zur Reichsbank! Und doch weiß jeder einseitige, Volkswirt und Volksfreund, daß diese Forderung nicht zu verkommen braucht und nicht verkommen darf. Es braucht nicht zu verkommen, weil noch immer hunderte von Millionen Mark Geld in allen möglichen Schlafwägen schlummern. Es darf nicht verkommen, weil das in der Reichsbank zusammengefaßte Geld für unsere Wirtschaft höchst wichtig unentbehrlich ist, müge es als Deckung für den durch den Krieg gesteigerten Bedarf an Zahlungsmitteln oder zur Bezahlung der vom Auslande bezogenen Güter dienen. Mehr als 1200 Millionen Mark Gold sind nach dem patriotischen Empfinden der Bevölkerung seit dem Kriegsausbruch zur Reichsbank geflossen und dort gegen Reichsbanknoten und andere Zahlungsmittel umgetauscht worden. Es ist daher erklärlich, daß die Herbeischaffung von Gold für die zahlreichen Kräfte, die sich freiwillig in den Dienst der Rüstung und Goldsammlung gestellt haben, mit der Zeit schwieriger geworden ist. Um nun die Rüstungswelt, die heute mit der Goldsammlung verknüpft ist, auch zureichend anzureichern, hat sich das Reichsbankdirektorium entschlossen, Geldblätter auf Wunsch für solche Personen auszugeben, die im Form eines Diploms gebildet, vornehm ausgebildet und mit dem Reichsbankdirektorium verbunden sind, die sich durch ihre Tätigkeit im Reichsbankdienst als besonders wertvoll erweisen. Es ist jedoch nicht erforderlich, daß das Gold bei den Reichsbanknoten gleich eingezahlt wird; die Geldblätter können vielmehr

ist Dir denn nicht ein wenig leichter und herzlicher geworden. Käthe?

Doch, Wally, ich bin nun schon halb getrocknet, verfluchte Käthe. Sie mußte sich schnell das Gesicht mit kaltem Wasser, um die Tränenjahren zu befeuchten.

Sieht man noch, daß ich gemeint habe? fragte sie ängstlich. Nur noch ein wenig. Aber das tut auch nichts. Daß dich Georg liebte, merdest du, weißt du ja. Dann steht er wenigstens links und antwortet Wally grinsend.

Von einem Unrecht kann keine Rede sein, Wally. Und Georg soll sich um keinen Preis brauchen sein, mir ein Unrecht anzufügen. Es würde ihn niederbrücken und doch nicht helfen. Deshalb habe ich ihm ja auch gesagt, daß ich ihn nicht liebe und daß ich nur seiner Frau geworden bin, weil ich mich vor Vater fürchtete.

Wally sah sie betroffen an.

Das hast Du ihm gesagt?

Ja, das war ich meinem Stolze schuldig. Und so haben wir einander nichts vorzumerken. Wir gehen nebeneinander her wie gute Freunde. Das ist alles. Und es ist ja auch gut so. Da bin wirklich ganz damit zufrieden. Nur manchmal — wie vorhin — ist mir doch ein wenig unbehaglich. Aber das geht schon wieder vorüber. Sieh, jetzt bin ich wieder ganz vernünftig und Du mußt Dich nun nicht unnötig um mich sorgen. Nicht wahr, Wally? Du mußt nicht mehr an die irdische Aufwallung von Worten und bist mein frohes, lustiges Schwesterchen? Das tut mir so gut. Und ich mal, wie ich ein schönes und gutes Leben habe, ich nicht trotzdem im Brandherd. Kann ich mir wohl mehr wünschen, ohne sehr unbedeutend zu sein? Denke an Mutter's So. Wie viel besser habe ich es doch. So gut ist Georg zu mir, so freundlich und rücksichtsvoll. Ich bin unglücklich, mich zu beklagen, nicht wahr? Und Mutter darf Du ja nichts von alledem sagen, überhaupt keinen Menschen, hörst Du, Wally, das bleibt unter uns.

(Fortsetzung folgt.)

## Untermann Käthe.

Roman von H. Courts-Rähler.

40 Fortsetzung. (Katholik verboten)

Aber ich möchte Dir helfen, Käthe, laß mich doch. Käthe schüttelte die Hände und die Tränen drängten wieder hervor gegen ihren Willen. Wir kann kein Mensch helfen, Kind. Wally schlüßte ihre eigenen Tränen hinunter. Aber ich kann Dir helfen, Dein Leid zu tragen. Denn doch nicht, daß ich ein ganz dummes Ding bin. Ich hab doch zu Hause manches Schwerkere erlebt und bin wirklich viel älter, als meine Jahre, wenn es sich um ernste Dinge handelt. Ich gebe mich nicht eher zufrieden, als bis Du Dein Herz erleichtert hast. Du sollst sehen, es ist Dir eine Wohlthat, wenn Du Dich ausprühlst, buchstelle sie.

Da gab Käthe endlich den Widerstand auf. Die Geduld, sich einmal alles Leid vom Herzen zu reden, kam über sie. Einem Menschen nur einmal flagen, was sie bedrückte — mußte das nicht wirklich eine Wohlthat sein? Und wer stand ihr näher als die junge Schwester, mit der sie von jeder Zeit und Freud getragen hatte. Der Mutter konnte und wollte sie nicht mit ihrem Kummer kommen. Die würde sie auch gar nicht verstehen, weil sie in allem Leid dumpf und stumpf geworden war. Aber Wally hatte ein junges, warmes Herz in der Brust, die würde sie verstehen.

Und halb wider Willen begann sie mit leiser Stimme zu berichten. Daß Georg nicht sie liebte, sondern noch immer seine erste Frau, von der jene parfümierten Briefe herrührten, nicht nur der eine von heute. Daß aber ihr eigenes Herz Georg gehörte, schon so lange sie denken konnte und daß sie ihn zu ihrer eigenen Qual täglich lieber gewonnen hätte.

Du mußt nicht schlecht von Georg denken, Wally. Er kann ja nichts dafür, daß sein Herz noch immer an der schlachten Frau hängt. Ich hat er ja nur geheiratet, weil seine Mutter es wünschte. Ich habe es auch von Anfang an gewußt, daß er mich

aus für ist... (Text continues on the right edge of the page)



